

### Der Irrsinn der franz. Polen-Politik

Herr Briand soll sich vor dem Ausschuss der französischen Kammer den Witz geleistet haben, den Versailler Vertrag als ein „Instrument der deutsch-französischen Annäherung“ zu feiern. Wir Deutsche glauben Briand, daß er die Annäherung ehrlich will, wir haben also auch das Recht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß Scherz dieser Art der Verständigung nicht förderlich sind. Für französische Ohren mögen sie ja lustig klingen, wir Deutschen aber empfinden das Versailler Diktat heute wie vor acht Jahren als die größte Schmach, die uns in unserer ganzen Geschichte angetan worden ist. Wer sich mit uns verständigen will: tut gut, dem einigermaßen Rechnung zu tragen und darüber lieber nicht zu witzeln.

Eine andere Frage ist freilich die, ob es zur Zeit überhaupt einen Sinn hat, über Annäherung und Verständigung zu reden, und ob es nicht besser wäre, dies ganze Gerede einmal auf etliche Wochen oder auch Monate zu den Akten zu legen. Was soll uns die theoretische Verständigung, wenn die französischen Militärs usw. emsig dabei sind, ihr praktisch unübersteigliche Hindernisse in den Weg zu wälzen? In Frankreich hat man offenbar immer noch nicht begriffen, daß das Unglück des Krieges der Bevölkerungsforderung entsprungen ist, worum Deutschland heute mehr denn je zu leiden hat, Frankreich aber nicht. Oder höchstens im umgekehrten Sinn. Daß diese Sachlage ein gegenseitiges Schwereverhältnis ungeheurer Erschweren muß, liegt auf der Hand.

Deutschland leidet, etwa seit den 80er Jahren, deutlich erkennbar an Volksüberschuß. Um den Lebensfuß, der vor dem Krieg etwa 800 000 Seelen betrug, ernähren zu können, mußte es seine Industrie und seinen Handel treibhausartig entwickeln, mußte nach überseeischen Absatzmärkten Ausschau halten und überseeisches Siedlungsland zu gewinnen trachten. Das brachte es in ungewollten, aber unvermeidbaren Gegensatz zu begünstigteren Völkern, der von England, das den deutschen Wettbewerb am meisten fürchtete, zur Einschränkung des überfluteten Deutschlands ausgenutzt wurde. Mit welchem Eifer, ist bekannt. Nachdem der Krieg zu Deutschlands Ungunsten entschieden war, versuchte die hohe Weisheit der Verbündeten, mittels des Versailler Diktats, das Problem in der Weise zu lösen, daß sie den deutschen Landbesitz beschneideten, zerstückten und das an zu starkem Wachstum leidende Volk in noch engere Grenzen zusammenpferchten, innerhalb deren ausreichende Nahrung noch schwerer zu gewinnen war.

Seitdem diese geistvolle Lösung der deutschen Bevölkerungsfrage gegen den Willen des deutschen Volks erzwungen wurde, ruft Frankreich nach „Sicherheit“. Nach Sicherheit gegen die „20 Millionen Deutsche zuviel“. Und es glaubt diese Sicherheit nicht anders gewinnen zu können, als dadurch, daß es die Deutschen an ihrer eigenen Ostgrenze in ständiger Unsicherheit erhält. Die Polen sind in Preußen eingebrochen. Die Polen sind in Oberschlesien eingebrochen. Jeder dieser Einbrüche hat uns wertvollstes deutsches Kulturland gekostet. Und die Polen verhalten sich ganz offen, sie seien nichts weniger als schon befriedigt. Sie bedrohen die deutsche Ostgrenze im Norden wie im Süden. Sie sind darauf aus, Danzig widerrechtlich zu polonisieren und sie lassen Oberschlesien nicht mehr zur Ruhe kommen. Ausgezeichnet! — erklärt der Marshall Foch. Diese beständige Bedrohung der deutschen Ostgrenze verbürgt am besten den Schutz der französischen Ostgrenze. Die Deutschen müssen unter allen Umständen verhindert werden, ihre Ostgrenze gegen neue polnische Ueberfälle wirksam zu schützen, sie müssen gezwungen werden, ihre wenigen Ostposten langsam aber sicher verfallen zu lassen.

In Frankreich, dessen Bevölkerung seit Jahrzehnten steht, hat man vermutlich gar keine rechte Vorstellung davon, wie solch eine Politik auf ein Land wirken muß, dessen Bevölkerung in ständiger Zunahme begriffen ist. Die französische Polenpolitik, wenn sie beharrlich auf den Bahnen fortschreitet, die kriegsmächtige militärische Denken ihr gewiesen hat, kann nur die unausbleibliche Nachwirkung haben: daß die Welle des deutschen Volksüberschusses von der ewig bedrohten Ostmark zurücksteht und gegen unsere Westgrenze drängt und drückt. Diese innere Bewegung wird sich vollziehen, wir mögen wollen oder nicht. Sie wird sich vollziehen, vielleicht ohne daß wir uns ihrer bewußt werden. Um so überraschender könnten beide Völker sich eines Tages, wenn's zur Abstellung zu spät ist, der fürchterlichen Folgen bewusst werden. Denn daß Frankreich diesen Zustand ewiger Bedrohtheit unserer Ostmark auch noch künstlich zu erhalten und zu steigern trachtet, ist vom Standpunkt der französischen Sicherheit aus betrachtet, zwar reine Verblöndtheit. Hier eine rechtzeitige Aenderung herbeizuführen, steht nicht in unserer Macht.

Aber wir können — und müssen uns vorleben. Gegen diesen Irrsinn der französischen Polenpolitik, der darauf besteht, daß die deutsche Ostgrenze dauernd im Zustand der Schwäche, der Verteidigungs-Unmöglichkeit, erhalten werde, hilft kein Verzicht auf die Rückeroberung Elsaß-Lothringens und keine Verständigung über wirtschaftliche und andere Aufgaben.

### Tagespiegel

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat am Samstag zu der Kundgebung des Zentrums Stellung genommen.

Die Verhandlungen über die Ausfuhr von „Kriegsmaterial“ sind in Berlin abgeschlossen worden. Die Reichsregierung wird dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen, der bestimmt, was ausgeführt werden darf und was verboten wird.

Die polnische Regierung hat wieder eine Anzahl Deutscher aus Ost-Oberschlesien ausgewiesen.

Nach der Londoner „Morning Post“ hätten die Besprechungen des britischen Schatzkanzlers Churchill mit Mussolini in Rom hauptsächlich die beiderseitigen Interessen am Ternen (Arabien) und den kürzlich von Italien mit dem Yemen (Arabien) abgeschlossenen Handelsvertrag zum Gegenstand. Es sei eine volle Verständigung erzielt worden und beide Mächte wollten sich gegenseitig unterstützen.

Die Regierung in Mostau hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie den Abschluß des französisch-rumänischen Vertrags, der u. a. Rumänien den Besitz des Rußland entrichteten Bessarabien gewährleistet, als eine unfreundliche Handlung gegenüber Rußland und der (russischen) Bevölkerung betrachten müsse.

Oberster Kriegsrats ertarnt das „Echo de Paris“, daß ein Bericht der Kommission für das Studium der Verteidigungsordnung der französischen Grenze verlesen wurde. An der Spitze dieser Kommission steht der General Guillaumat. Der Verlesung des Berichts folgte eine Aussprache, die in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden wird. Poincaré drang darauf, daß ein Beschluß wegen der Befestigung der französischen Ostgrenze bald gefaßt werden solle, damit man an die „Organisation des Schlachtfelds an der französischen Nord- und Ostgrenze“ gehen könne.

Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt müssen in einem neuen Geiste der Vertragstreue, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit an den Einrichtungen der Völkersolidarität sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbunds, und nun haben wir unsere Politik so einzurichten, daß wieder Gemeinschaft der Nationen angemessen ist.

Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein gestittetes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß seine Gebiete von fremder Macht besetzt bleiben. Jede deutsche Politik wird deshalb in jeder Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verfehlen, auf eine möglichst baldige endgültige Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen. Deutschland ist in London und Genf in internationalen Verpflichtungen eingegangen. Wir stehen zu diesen Verpflichtungen und sehen in der Rechtsäßigkeit der Verträge von Locarno die wesentliche Voraussetzung jeder erfolgversprechenden Außenpolitik. Die nächste Aufgabe der weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wir uns besonders angelegen sein lassen, kann nur gelingen, wenn beide Teile jederzeit im Geiste der europäischen Solidarität arbeiten und den bloßen Machgedanken zurückstellen.

Dr. Marx nimmt den Auftrag zur Regierungsbildung an  
Berlin, 23. Jan. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Herrn Reichspräsidenten über die Beschlüsse der Zentrumsfraktion berichtet und erklärte, daß er im Sinn dieses Beschlusses den Auftrag zur Regierungsbildung übernehme.

### Neue Nachrichten

**Anzeige wegen Landesverrats gegen einen Reichstagsabgeordneten**  
Berlin, 23. Jan. Nach Blättermeldungen hat das Reichswehrministerium beim Oberreichsanwalt in Leipzig die Einleitung eines Landesverratsverfahrens gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Künstler veranlaßt. Legterer hatte vor kurzem in sozialdemokratischen Blättern einen Artikel über eine angeblich für Deutschland betriebene Herstellung von Giftgasen in Rußland veröffentlicht, und zwar auf Grund einer Unterredung mit sozialdemokratischen Arbeitern, die in solchen Munitionswerkstätten in Rußland tätig gewesen sein sollen.

**Was Förster zu erzählen weiß**  
Paris, 23. Jan. Der Hauptschriftleiter des „Avenir“, Emil Buré, schreibt in dem Blatt, die Verständigungsverhandlungen zwischen Briand und Mussolini haben hauptsächlich den Zweck, gemeinsam den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Buré erzählt weiter, er habe kürzlich den Besuch eines „aufrichtigen deutschen Pazifisten“, Professor Wilhelm Förster, erhalten. Förster habe ihm gesagt: „Es gibt zwei Deutschlands, ein pazifistisches Deutschland und ein kriegerisches. Aber dieses zweite, verpreußete Deutschland herrscht völlig über das pazifistische und würde es bei gegebener Gelegenheit genau wie im Jahr 1914 noch einmal zur Mekelei führen.“ — Buré war früherer Militärsocialist, gehört heute aber zu den fabelkräftigsten Militäristen um Hoch-Poincaré und ist einer der schlimmsten Heher gegen Deutschland.

**Amerika veröffentlicht keine Kriegsurkunden**  
Washington, 23. Jan. Der Kriegsamtsekretär Davis erklärte, die Veröffentlichung der amerikanischen Kriegsurkunden würde nicht im allgemeinen Interesse liegen. Auch müsse Amerika auf die anderen früheren Verbündeten Rücksicht nehmen. — Wohl.

**Die Kantonsbehörden sind nicht mehr Herr der Lage**  
London, 23. Jan. „Daily News“ meldet aus Berlin: Die Berichte aus allen wichtigen Orten zeigen, daß die gemäßigten Kantonsbehörden die Beherrschung der Lage zunehmend verlieren und daß Minister Fischen eine abwartende Haltung einnehmen muß. Es ist zu befürchten, daß jetzt von ihm getroffenen Anordnungen später nicht anerkannt werden.

**Besuch des Staatspräsidenten in Tübingen**  
Tübingen, 23. Jan. Staatspräsident Bazille traf am Freitag morgen 10.30 Uhr zum Besuch der Universität und der Universitätsstadt in Tübingen ein. In seiner Begleitung befanden sich Präsident von Balz und Ministerialrat Bauer vom Kabinetministerium, ferner Oberregierungsrat Dr. Wehlinger und Regierungsrat Bögele. Der Staatspräsident begab sich zunächst zur neuen Aula, wo sich Rektor Dr. Uhlig, Ranzler Kümlein, Professor Trendelenburg, der Rektor für das Jahr 1927 und die Dekane der einzelnen Fakultäten, ferner Universitätsrat Dr. Knapp zur Begrüßung eingefunden hatten. Kel-

### Rundgebung des Zentrums

Berlin, 23. Jan. Am Freitag, nachmittags 5 Uhr, trat die Zentrumsfraktion zusammen, um über einen Entwurf für eine Parteikundgebung, der von einem Redaktionsausschuß ausgearbeitet worden war, Beschluß zu fassen. Dem Entwurf lagen zwei Vorschläge zugrunde, von denen der eine von dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns vom rechten Zentrumsflügel, der andere von den Abgeordneten Dr. Birch und Jooz herrührte. Die Fraktion veröffentlichte sodann nach längerer Beratung folgenden Beschluß:

Mit wachsendem Befremden sind weite Kreise des deutschen Volkes der politischen und parlamentarischen Entwicklung der letzten Wochen gefolgt. Die öffentliche Meinung im Lande vermag bei dem Jani und Streik der Parteien keinen Sinn mehr erkennen. Die Zentrumspartei hat seit den Tagen des Zusammenbruchs ihre politische Sendung wohl erkannt und ist ihr in den schweren, verantwortungsvollen Jahren stets treu geblieben. Ihre ganze Arbeit war Rettungsarbeit am deutschen Volk und Aufbauarbeit am deutschen Staat. Die Fundamente unseres neuen deutschen Staats sind in Weimar gelegt worden.

Im Weimarer Verfassungswerk ist jener neue politische Wille durchgebrochen. Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Die deutsche Republik soll uns nach außen hin frei machen und nach innen die Kräfte auslösen, die den deutschen Staat zum echten Volksstaat machen. Der Geist des deutschen Volkstums muß sich immer wieder erneuern aus dem christlichen Glauben. Auf ihn muß sich die sittliche Entwicklung unseres Volkes, insbesondere die Erziehung unserer Jugend aufbauen. Bei der Gestaltung des Schulwesens sind die Gewissensfreiheit und das Elternrecht zu wahren.

Als Machsinstrument unseres Staats ist uns nur die Reichswehr geblieben. Sie ist eine Staatsnotwendigkeit; sie ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Es gibt keine politische Hoheit des Staats ohne Macht. Heute gilt es, gewisse Befürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienbar sei. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei oder einer Klasse irgendwelcher sonstigen Machtgruppen dienen. Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volks den Zugang zu diesem Waffenstand ermöglicht.

Gewaltig und tiefgreifend sind die sozialen Umschichtungen in unserem Volk seit dem Weltkrieg gewesen. Sie haben die Zahl der unselbständigen und besitzlos Menschen in unserem Volk vermehrt. Es stehen große Geheesvorlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen.

**Organisation des Schlachtfelds**  
Paris, 23. Jan. Ueber die Sitzung des französischen





